

An alle
Im Betrieb der Firma Tönnies am Standort
In der Mark 2, 33378 Rheda-Wiedenbrück
tätigen Mitarbeiter und mit denen in häuslicher
Gemeinschaft lebenden Personen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Datum

20.06.2020

**Allgemeinverfügung
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Warendorf vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS-CoV-2**

**gegenüber allen
im Betrieb der Firma Tönnies am Standort
In der Mark 2, 33378 Rheda-Wiedenbrück
tätigen Personen**

Gemäß § 28 Abs. 1 S. 1 in Verbindung mit § 30 Abs. 1 S. 2 Infektionsschutzgesetz (IfSG), § 3 Abs. 2 Nr. 1 Infektionsschutz- und -befugnisgesetz NRW (IfSBG-NRW) wird folgende Allgemeinverfügung erlassen:

1. Alle am Unternehmensstandort Rheda-Wiedenbrück der Tönnies-Unternehmensgruppe regelmäßig tätigen Personen, die im Bereich des Kreises Warendorf wohnhaft sind, haben sich unverzüglich bis einschließlich 03.07.2020 in häusliche Absonderung zu begeben. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Personen im direkten Anstellungsverhältnis zur Tönnies-Unternehmensgruppe oder zu Subunternehmern stehen, oder selbstständig sind und dort im Auftrag der Tönnies-Unternehmensgruppe tätig sind.

Öffnungszeiten
MO. – DO.: 08:00 – 16:00
Fr.: 08:00 – 14:00
oder nach Vereinbarung

Hausadresse:
Kreishaus Warendorf
Waldenburger Straße 2
48231 Warendorf

Telefon: 02581 53-0
Fax: 02581 53-1099
E-Mail: verwaltung@kreis-warendorf.de
Internet: www.kreis-warendorf.de



Sparkasse Münsterland Ost
IBAN: DE59 4005 0150 0000 0026 83
BIC:WELADED1MST

Sparkasse Beckum-Wadersloh
IBAN: DE36 4125 0035 0001 0000 17
BIC:WELADED1BEK

Volksbank Beckum-Lippstadt eG
IBAN: DE77 4166 0124 0100 4871 00
BIC:GENODEM1LPS



2. Personen, die im Haushalt einer Person im Sinne der Ziffer 1 leben, haben sich ebenfalls unverzüglich bis einschließlich 03.07.2020 in häusliche Absonderung zu begeben.
3. Die nach Ziffer 1 und 2 betroffenen Personen dürfen ihre Wohnung ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Warendorf während dieser Zeit nicht verlassen. Den betroffenen Personen wird außerdem untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören.
4. Eine Aufhebung dieser Verfügung erfolgt auf Anordnung des Kreises Warendorf im Einzelfall, sobald diesem ausreichende Informationen über den Infektions- und Kontaktstatus der Betroffenen hinsichtlich einer SARS-CoV-2-Infektion vorliegen, die eine solche Aufhebungsentscheidung zulassen.
5. der unter Ziffer 1 und Ziffer 2 genannte Personenkreis ist verpflichtet, die Testung auf das Coronavirus SARS-COV-2 im Rahmen der seit dem 16.06.2020 stattfindenden Rahmentestungen auf dem Betriebsgelände von Tönnies durch das Gesundheitsamt des Kreises Gütersloh oder durch Mitarbeiter oder Beauftragte des Gesundheitsamtes Warendorf zu dulden.
6. Für den Fall das eine Testung auf das Virus am Betriebsstandort erfolgen soll, dürfen sich die unter Ziffer 1 und 2 genannten Personen auf direktem Wege, ohne Unterbrechungen, zum Betriebsstandort begeben. Öffentliche Verkehrsmittel dürfen dafür nicht verwendet werden.
7. Sofern die unter Ziffer 1 genannten Personen nach dem 16.06.2020 auf das Coronavirus SARS-COV-2 getestet wurden und symptomfrei sind, dürfen sie sich auf direktem Wege, ohne Unterbrechungen, zum Betriebsstandort begeben und dort, im Rahmen des mit dem Gesundheitsamt des Kreises Gütersloh abgestimmten Hygienekonzeptes, in der Produktion tätig werden.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

Hotline des Gesundheitsamtes Warendorf:
02581/ 536-5555

Begründung:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zweck, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-COV-2 einzudämmen.

Sie ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 und 30 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in Verbindung mit den §§ 1 Abs.1 und 3 Abs. 2 Nummer 1 des Infektions- und Befugnisgesetzes NRW (IfSBG NRW)

Am 16.06.2020 erfolgte am Tönnies-Standort Rheda-Wiedenbrück eine Testung durch das Gesundheitsamt des Kreises Gütersloh in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz und dem Malteser Hilfsdienst von 1106 Mitarbeitern der Fa. Tönnies. Diese ergab, dass sich 730 der Getesteten mit dem Coronavirus SARS-COV-2 infiziert haben. Daraus ergibt sich wiederum ein erhebliches lokales Infektionsgeschehen an diesem Betriebsstandort.

Es ist naheliegend, dass eine hohe Zahl der übrigen Mitarbeiter des Betriebsstandortes sich ebenfalls infiziert haben. Die infizierten Mitarbeiter hatten Kontakte zu weiteren Mitarbeitern. Entweder am

Standort selbst, in den zahlreichen Gemeinschaftsunterkünften oder in den gemeinsam genutzten Fahrzeugen.

Eine genaue und zeitnahe Identifizierung der Betroffenen ist auf Grund der Beschäftigung von diversen Subunternehmen und einer schleppenden Übermittlung der im Kreis Warendorf wohnhaften Mitarbeitern nicht möglich. Dies lässt die erforderliche schnelle Bekämpfung des Infektionsgeschehens nicht zu. Daher ist das Mittel der Allgemeinverfügung zur unverzüglichen Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Virus, das einzig geeignete Mittel. Dieses ist auch angemessen. Auf Grund der dynamischen Ausbreitung des Virus gilt es schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen um die Bevölkerung des Kreises Warendorf, sowie das Gesundheitssystem zu schützen. Dessen Zusammenbruch ist durch eine unkontrollierte Verbreitung und der damit einhergehenden Anzahl von schweren Krankheitsverläufen sehr wahrscheinlich. Ein milderer Mittel steht nicht zur Verfügung. Durch die Absonderung kann eine weitere Verbreitung des Coronavirus SARS-COV-2 verhindert werden, da Kontakte mit Infizierten oder Krankheitsverdächtigen ausgeschlossen werden.

Die mit der Absonderung in häusliche Quarantäne einhergehenden Einschränkungen für die Betroffenen stehen nicht außer Verhältnis zu dem Ziel die weitere Ausbreitung des Coronavirus SARS-COV-2 zu verhindern, sowie einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems zu vermeiden.

Die Rechtsgrundlage für die Anordnung der häuslichen Absonderung/ Quarantäne sind die §§ 28 Abs. 1 und 30 Abs.1 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs.1 und 3 Abs.2 Nr. 1 des IfSBG NRW.

Nach § 28 Abs. 1 IfSG hat die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es für die Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Aufenthaltsort nicht, oder nur unter bestimmten Voraussetzungen zu verlassen oder bestimmte Orte nicht oder nur unter bestimmten Voraussetzungen zu betreten.

Ebenfalls gibt § 28 Abs.1 iVm. § 30 Abs.1 IfSG die Möglichkeit Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern gegenüber, die Absonderung anzuordnen, soweit und solange es zur Verhinderung einer übertragbaren Krankheit erforderlich ist.

Wie oben dargestellt, sind die Voraussetzungen erfüllt.

Die Rechtsgrundlage für die Duldung einer Testung bildet § 29 IfSG iVm. § 25 Abs. 1 und §25 Abs. 3 Nr.1 IfSG.

Danach stellt das Gesundheitsamt die notwendigen Ermittlungen an, wenn sich ergibt oder wenn anzunehmen ist, dass jemand ansteckungsverdächtig, krankheitsverdächtig oder krank ist. Gemäß § 25 Abs. 3 Nr. 1 IfSG kann das Gesundheitsamt diese Personen verpflichten, Untersuchungen und Probenentnahmen durch Beauftragte des Gesundheitsamtes an sich vornehmen zu lassen. Insbesondere betrifft dies die Abstrichnahme an Schleimhäuten. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt.

Dieses Mittel ist geeignet und erforderlich, um eine Verbreitung des Coronavirus SARS-COV-2 zu verhindern. Anderweitige Möglichkeiten stehen nicht zur Verfügung.

Die Untersuchung und Beprobung der Betroffenen steht in angemessenem Verhältnis zum Ziel die Ausbreitung des Virus zu verhindern und das Gesundheitssystem zu schützen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

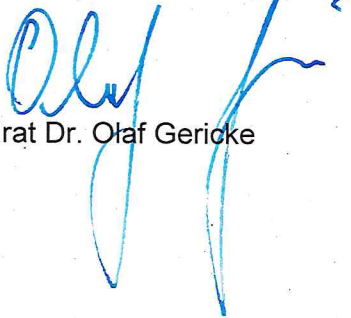
Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Diese ist schriftlich beim Verwaltungsgericht Münster, Manfred-von-Richthofen-Straße 8, 48145 Münster, oder dort mündlich zur Niederschrift beim Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Verwaltungsgerichts Münster einzureichen.

Beachten Sie:

Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Verwaltungsgericht Münster geeignet sein. Es ist mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des Absenders zu versehen und auf einem sicheren Übermittlungsweg im Sinne des § 55 Abs. 4 VwGO einzureichen.

Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERRV) vom 24.11.2017 (BGBL. I S. 3803)

Warendorf, den 20.06.2020



Landrat Dr. Olaf Gericke